

Auer Tageblatt

Bestellungen nehmen die Verleger
und die Anzeigen die Postämter
entgegen. — Erscheint wöchentlich.
Gesamtpreis: 1 Mark 20 Pf.

Anzeiger für das Erzgebirge

Anzeigenpreis: Die Anzeigenpreise
bestimmen sich nach dem Raum und
der Länge der Anzeigen. — Einzelne
Anzeigen zu besonderen Bedingungen.
Anzeigenpreise: Die Anzeigenpreise
bestimmen sich nach dem Raum und
der Länge der Anzeigen. — Einzelne
Anzeigen zu besonderen Bedingungen.

Telegramme: Auerblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. Postfach-Konto Amt Leipzig Nr. 1000

Nr. 294

Sonnabend, den 19. Dezember 1925

20. Jahrgang

Das geplante Attentat auf Stresemann.

Wie er „gefällt“ werden sollte. — „Stresemann, verweise man.“

Der glücklicherweise rechtzeitig entdeckte Mordplan ist von den inwäsenden verhafteten Kaldorff und Lorenz schon kurz nach der Rückkehr der deutschen Delegation aus Locarno ausgedacht worden. Als ungefähr Mitte November die völkische und die deutschösterreichische Hebe gegen den Vertrag von Locarno begann und diese Hebe sich immer mehr gegen die Person des Reichsaußenministers Dr. Stresemann richtete, sahte nach seinem Eingeständnis Kaldorff den Entschluß.

Stresemann zu ermorden.

Seine Absicht war, diesen Mord genau so auszuführen, wie feinerzeit die Mörder Rathenaus vorzuziehen. In diesem Zweck brauchte er zwei Gehilfen, einen zur Ausführung des Planes und einen, der das Auto lenken konnte, das hierfür notwendig war. Denn das Attentat sollte, wie gesagt, in strenger Anlehnung an die Ermordung Rathenaus also im Auto, erfolgen, und zwar hatte sich Kaldorff die Sache anscheinend so gedacht, daß er, zusammen mit Lorenz in einem Auto sitzend, die Gelegenheit abpassen wollte, wo Stresemann zu einer Audienz das Auswärtige Amt verließ. In diesem Moment sollten die mitbringenden Schüsse abgefeuert werden, und sollte sich darauf im ersten Augenblick der Vermirrung das Mordauto, von einem Dritten gelenkt — diese Rolle war einem Schloffer Boesnia zugeordnet —, mit rasender Schnelligkeit vorwärtsbringen.

Das war der Plan, den Kaldorff und Lorenz als ausführbar betrachteten. Jetzt galt es nur noch, den Autoselbst zu „nähren“. Wie Lorenz selbst ausob, hat Kaldorff hierfür den Schloffer Boesnia in Aussicht genommen, den er mit den Worten für den Plan zu gewinnen suchte:

„Ich will Stresemann erschlagen. Wer macht mit?“

Der Schloffer Boesnia jedoch verließ sich diesem Mordpläne gegenüber völlig ablehnend und erklärte schlicht, als die beiden immer wieder zu ihm drangen, doch mitzumachen, er würde die ganze Sache zur Anzeige bringen falls sie den Plan nicht aufgeben würden. Daran dachten jedoch weder Kaldorff noch Lorenz. Im Gegenteil: Als sie merkten, daß Boesnia nicht mitmachen wollte, kamen sie auf den Gedanken, sich zuerst einmal das nötige Geld zu beschaffen, erstens einmal, um sich das für die Ausführung des Planes nötige Auto besorgen zu können, und zweitens die für eine Flucht erforderlichen Kosten

zu bestreiten. Für den geeigneten Geldgeber hielt Kaldorff den ihm von früher her bekannten rechtsstehenden Münchener Rechtsanwalt Goetze, an den er folgenden Brief richtete:

Berlin-Stemendstadt, 3. Dezbr. 1925.
Lieb gedenke, Südbüchse Kuffhartsstr.
Lieber alter . . . !

Ich lebe noch. Ich habe mich durchgeraut. Es war ein kleines Kunststück, hier anzukommen, und ich habe nur hier rauszukommen. Zwei Ingenieure haben meinen Eintritt gemanagt.

Natürlich Parteifache!

Und nun:

Ich habe den Reim gemacht, nach bekannten Mustern: „Stresemann, verweise man“. Du verheißt. Ich habe zwei Offiziere, die mitmachen und auch die „Finanzierung“ ist allrichtig.

Es wäre mir sehr lieb, wenn Du paar Zeilen schreiben würdest, daß ich für die Sache gut bin.

Du kennst meine Vergangenheit, Du weißt, was von mir zu halten ist.

Natürlich: wenn Du mir auch noch als Referenz dienst, so ist das eine sehr wichtige Unterstützung meiner Berliner und Westendburger Referenzen.

„Verweise man“. Das Schwein muß gefüttert werden. Ein Finanzreue ist auch zur Verfügung.

Aus diesen Andeutungen weißt Du, um was es geht! Die Industrie ist auch gegen den Verräterhund, A. B. Kaldorff im „Lokalanzelmer“.

Die Tat geht auf mein Konto, die zwei Offiziere — deren einer sehr erprobt ist — tun mit.

Schreib so schlecht, weil die Arbeit mich ganz infam mitnimmt.

Du hast sicher Bräutigam hier, der mich aufs Korn nimmt.

Heil und Sieg!

Mit treubühnem Gruß Dein Karl Kaldorff.

(Alles hier ist Marineoffizier, Offizier bis zum Obersten.)

Gruß Werner Lorenz, Oberl. a. D., unbekannter Welse.

Heil und Sieg!

Deutsch-französische Wirtschaftskonferenz im Januar.

Berlin, 18. Dez. Wie die „Börs. Ztg.“ zu der Unterredung deutscher Industrieller mit französischen Kammermitgliedern aus Paris erzählt, wurde im Laufe der Besprechungen beschlossen, im Januar eine deutsch-französische Wirtschaftskonferenz in Paris abzuhalten, an welcher französische und deutsche Parlamentarier und Industrievertreter teilnehmen sollen.

Die Deutschnationalen als Hüter der Reichsverfassung.

Berlin, 17. Dez. Die deutschnationale Reichstagsfraktion hat eine Interpellation eingebracht, in welcher darauf hingewiesen wird, daß auf Veranlassung des badischen Innenministeriums anlässlich des Besuchs des Reichspräsidenten in Karlsruhe Spalter bildenden Vereinen das Mitführen von Fahnen in den Reichs- und Landesfarben gestattet, andere Fahnen und Wimpel aber verboten worden seien. Dieses Verbot verstöße gegen die durch die Reichsverfassung gewährleisteten Rechte. Es werden Maßnahmen von der Reichsregierung gefordert, um in Zukunft derartige Eingriffe einzelner Landesministerien in verfassungsmäßige Rechte zu verhüten.

„Die Verrücktheit von Mossul.“

London, 17. Dez. Während sich die konservativen und halbsozialistischen Blätter größte Zurückhaltung in der Kritik über die Mossulentscheidung des Völkerbundes auferlegen gibt die Oppositionspressen ihrem ablehnenden Standpunkt unverbundenen Ausdruck. Die schärfsten Worte gebraucht die „Daily Mail“, die unter der Überschrift „Die Verrücktheit von Mossul“ auf die neue Würde für den britischen Steuerzahler hinweist. Die Nachricht werde von der englischen Öffentlichkeit, die Mossul nicht wünsche, mit sehr gemäßigten Gefühlen begrüßt werden. Das erste Ergebnis dieser Entscheidung des Völkerbundes würde die Herausforderung eines künftigen Krieges mit einer bedeutenden Militärmacht sein. Außenminister Lloyd George würde dann

die Vorbeeren von Socarno

unter dem Steinhäuten von Mossul wiederfinden. — „Daily Express“ weist auf die künftigen orakelhaften Erklärungen Baldwin im Unterhaus hin. Die englische Öffentlichkeit wisse, daß sie betrogen sei. Sie glaube nicht an die Möglichkeit einer mesopotamischen Unabhängigkeit. Die „Herald“, „Westminster Gazette“ schreibt,

daß zu den normalen Kosten der Verwaltung des Irak für England nunmehr weitere Kosten, vielleicht sogar Feindesleistungen im Mossulgebiet hinzukommen. Während Churchill sich dem ersten Budgetbesitz seit dem Kriege gegenübersehen und durch Erhebung von Abgaben auf Taschenmesser und Porzänge und aus Ersparnissen in der Erziehung der Kinder hier und da 100 000 Pfund zu retten suche, habe sich das Kabinett zu einem Schritt entschlossen, der wenigstens 100 Millionen Pfund kosten würde. Alles was der Steuerzahler sehen könne, sei die außerordentliche Kurzfristigkeit des Kolonialministers. Der sozialistische „Daily Herald“ schreibt, die britische Nation ist gegen ihren Willen dazu verdammt worden, die Verwaltung über ein im Osten liegendes Gebiet für weitere 25 Jahre zu übernehmen. Ein Bruch mit der Türkei ist gewiß. — Die Haltung der englischen Presse läßt eine scharfe Debatte im Unterhaus erwarten.

Die Mossulentscheidung vor dem türkischen Kabinett.

Nach Empfang der Mossul-Entscheidung des Völkerbundes hielt das türkische Kabinett unter Vorsitz Kemal Paschas eine stundenlange Sitzung ab, in der eine energische Protestnote an den Völkerbund beschloffen wurde.

Eine französische Warnung an die Türkei.

„Petit Parisien“ warnt die Türkei vor einem feierlichen Abenteuer und betont, daß ein Angriff auf Mossul nicht allein die Besetzung Konstantinopels und einen neuen Kurdenaufstand zur Folge hätte. Die Entente-mächte würden auch nicht zögern, auf den Dreiteilungsvertrag von 1916 zurückzukommen, durch den Anatolien in eine französische, englische und italienische Einflusszone aufgeteilt werden sollte. Das Blatt kommt deshalb zu dem Schluß, daß trotz der türkischen Proteste ein energischer Widerstand der Türkei nicht zu erwarten sei.

Abd el Krim bereitet den Frühjahrsfeldzug vor.

Paris, 17. Dez. Nach einer Meldung aus Fez trifft Abd el Krim alle Vorbereitungen für einen neuen Frühjahrsfeldzug. Er läßt neue Straßen bauen, Unterfunktsmöglichkeiten für Truppen errichten, großartige Telegraphen- und Telephonnetze anlegen und die drahtlosen Stationen vermehren. In einem Aufruf an die Araberstimmen sagt Abd el Krim, er werde den heiligen Krieg bis zur Befreiung aller mohammedanischen Weltvölker Syriens, Tripolitaniens, Ägyptens und Marokkos fortsetzen und das letzte Opfer zurücklassen.

Reichskanzler Dr. Luther beim Reichspräsidenten.

Berlin, 17. Dez. Der Reichspräsident hat im Laufe des heutigen Abends nur den geschäftsführenden Reichskanzler Dr. Luther empfangen. Jüngere, welche anderen Empfänge haben nicht stattgefunden. Besprechungen des Reichspräsidenten mit den Parteiführern kommen vorläufig nicht in Frage.

Im Hinblick auf die heute im Reichstag begonnenen Weihnachtssitzungen des Parlaments ersuchte der Reichspräsident den Reichskanzler und die Reichsminister, die Geschäfte auch weiterhin weiter zu führen. Der Reichspräsident wird seine weiteren Entscheidungen in der Frage der Neubildung der Reichsregierung rechtzeitig vor dem am 12. Januar erfolgenden Wiederzusammentritt des Reichstages fassen.

Das Zentrum hält an der großen Koalition fest.

Berlin, 17. Dez. Die Zentrumskraktion trat nach der Plenarsitzung zu einer Besprechung der politischen Lage zusammen. Ueber die Sitzung wird von der Partei folgender Bericht herausgegeben:

Die Zentrumskraktion des Reichstages hat sich heute eingehend mit der durch die Ablehnung der Sozialdemokratie geschaffenen Lage befaßt. Sie hält einmütig an ihrer bisherigen Auffassung fest, daß die große Koalition allein den Erfordernissen der Gegenwart entspricht und wird dieses Ziel auch weiterhin mit aller Entschiedenheit verfolgen. Auf Wunsch der Reichstagsfraktion wird der Vorsitzende der Partei, Reichskanzler a. D. Marz, den Parteivorstand und die Vorkände der Zentrumskraktionen des Reichstages und Landtages vor dem Wiederzusammentritt des Reichstages zu einer Besprechung über die zu unternehmenden Schritte einberufen.

Die sozialdemokratischen Programmpunkte.

Berlin, 17. Dez. Der „Vorwärts“ veröffentlicht heute die fünf Programmpunkte, die die sozialdemokratische Reichstagsfraktion am Mittwoch unterbreitet hatten.

1. Reichsgesetzliche Regelung der Fürstenabfindung mit rückwirkender Kraft auf Grund des demokratischen Antrages.

2. Ratifizierung des Washingtoner Abkommens bei gleichzeitiger Inkraftsetzung in Frankreich und Belgien. Sogleichige Verabschiedung eines Arbeitszeitgesetzes unter Wiederherstellung des achtstündigen Normalarbeitstages. Leistung von Ueberstunden nur nach tariflicher Vereinbarung, Ausnahmen in Fällen höherer Gewalt durch behördliche Regelung.

3. Erfüllung des Artikels 165 der Reichsverfassung durch paritätischen Ausbau der Handels-, Handwerker- und Landwirtschaftskammern sowie bei der Bildung des endgültigen Reichswirtschaftsrates.

4. Die zur sogleichigen Verabschiedung eines Gesetzes über die Arbeitslosenversicherung eine weitere Erhöhung der Unterstützungssätze, obligatorische Kurzarbeiterunterstützung, Aushebung der Bestimmungen über die Begrenzung der Unterstützungsdauer und Aushebung der Bedürftigkeitsprüfung, Ausdehnung der Arbeitslosenversicherung auf alle Angestellten, die Landarbeiter und die Hausangestellten, besondere Unterstützungsmassnahmen für die Ausgesteuerten und die bisher von der Unterstützung nicht Erfaßten.

5. Bei Ermäßigung von Steuern Vorrang der Hauszinssteuer, der Lohn- und Umsatzsteuer vor den Besitzsteuern.

6. Verwendung der Erträge aus der Witzinssteuer für den Wohnungsbau; Offenlegung der Steuerlisten.

Frankreich gegen die Rückgabe ehemaliger deutscher Kolonien.

Paris, 17. Dez. Die Kammer hat heute nachmittags die Aussprache über das Kolonialbudget wieder aufgenommen. Bei Beginn der Sitzung kam es zu einem Zwischenfall. Der Berichterstatter vermißte auf gewisse im Ausland verbreitete Gerüchte, nach denen geplant sei, Deutschland nach der Aufnahme in den Völkerbund Togo und Kamerun zurückzugeben. Er hoffe, daß England in dieser Angelegenheit nicht ein Beispiel gebe, dem Frankreich folgen müsse. Die Abgabe des französischen Kamerun an Deutschland halte er für ein Ding der Unmöglichkeit. Der frühere Kolonialminister Andre Basse wies darauf hin, daß auf keinen Fall der Eindruck entstehen dürfe, daß auch nur ein Teil davon dem Gebiet abgetreten würde, auf dem die französische Fahne wehe. Der Kolonialminister verhielt sich darauf, Frankreich werde an keine ausländische Macht Kolonien zurückgeben.

en
mente
thtes.
pfe
osen
osen
ken
uhe
en
uter, halt
ität bei
n m m,
merstr. 3.
gefüttert
bis eleganz
für Herren,
er gibt es
in
warenhaus
Tel. 319
elbent
Hähne
er) verkauft
chammer
schermille
immer
1. Januar
Zimmer
ten.
im War
immer
ucht
1. 1477 an
lalt erb.
itten
aufen.
straße 56.
vier
ne laufen.
bung.
1. 1478
rbreit e. b.